

Persönlich.

Die Mitte Kanton Solothurn informiert.

Ausgabe 2022 | 4

Zu Gast im Bundeshaus

Unterwegs mit unseren
Parlamentariern

Die Mitte lanciert zwei
Initiativen:

**Die Heiratsstrafe
muss weg!**

**Beharrlich in eine
sichere Energie-
zukunft.**

Wir setzen uns ein für
mehr Unabhängigkeit
dank erneuerbaren
Energien und
Klimaschutz



Die Mitte
Kanton Solothurn



Liebe Parteikolleginnen und -kollegen
Liebe Leserinnen und Leser

Keine Abstimmungen am Abstimmungssonntag vom 27. November 2022 sind kein Grund, eine Ausgabe des „Persönlich“ auszulassen - es gibt genügend interessante Themen!

Unser Redaktor Ueli Custer nahm die Gelegenheit wahr und begleitete unsere beiden Eidgenössischen Parlamentarier einen Tag während ihrer Arbeit in Bern. An dieser Stelle danke ich Ständerat Pirmin Bischof und Nationalrat Stefan Müller-Altermatt herzlich für ihre Arbeit und für ihre Bereitschaft, sich für eine weitere Legislatur zur Verfügung zu stellen. Unsere Kantonalpartei ist in der komfortablen Situation, mit zwei äusserst einflussreichen Parlamentariern im Bundeshaus vertreten zu sein, welche sich engagiert und kompetent für die Interessen der Solothurnerinnen und Solothurner einsetzen.

Die Mitte Schweiz hat zwei Volksinitiativen lanciert, welche faire Steuern und faire Renten zum Ziel haben. Pirmin Bischof stellt die beiden Initiativen in dieser Ausgabe vor. Unterstützen Sie die beiden Initiativen und unterschreiben Sie die beiliegenden Formulare. Gerne können Sie weitere Formulare bestellen und in Ihrem Umfeld Unterschriften für diese bedeutungsvollen Volksbegehren sammeln.

Die Energiekrise ist in aller Munde und ein ständiges Thema. Auch wenn sich die momentane Lage, nicht zuletzt dank des warmen Herbstes, entspannt hat, ist sie allgegenwärtig. Stefan Müller erörtert die wichtigsten Punkte zur Energiekrise und stellt diese in der vorliegenden Ausgabe vor. Die Mitte Kanton Solothurn war an der Herbstmesse in Solothurn mit einem Stand vertreten und hat während dieser Zeit über 5000 Sorbets verteilt. In dieser Ausgabe geben wir einen kleinen Einblick in 10 Tage HESO.

Ich danke Ihnen für Ihr Interesse an der vorliegenden Ausgabe und wünsche Ihnen und Ihren Familien erholsame und friedliche Festtage und einen guten Start ins Jahr 2023.

Herzlich
Patrick Friker



Patrick Friker
Präsident
Die Mitte Kanton Solothurn



Viel Prominenz und Publikum am HESO-Stand

Hochbetrieb am Stand der Mitte des Kantons Solothurn an der Herbstmesse Solothurn (von links nach rechts):

Regierungsrätin Sandra Kolly, Gerry Pfister, Präsident der Mitte Schweiz, Roland Hartmann, Vorstandsmitglied der kantonalen Mitte und Vizepräsident Die Mitte Solothurn-Lebern, Kantonsrätin Sarah Schreiber, Kantonsrätin Tamara Mühlemann sowie das Vorstandsmitglied der Jungen Mitte Vladena Wächter. Die Gespräche am Stand drehten sich in erster Linie um die beiden Initiativen für faire Steuern und Renten, die auch fleissig unterschrieben wurden. Denn sie stiessen grösstenteils auf ein positives Echo. Ausserdem war natürlich auch die Namensänderung von «CVP» auf «Die Mitte» ein Thema. Die Möglichkeit, gratis zu einer Glace zu kommen sprach sich schnell herum. Nicht zuletzt unter Kindern und Jugendlichen.

5814

Das ist die magische Zahl unseres Wettbewerbs. Von den zahlreichen WettbewerbsteilnehmerInnen kamen drei am nächsten an diese Zahl.

Hans Anton Bellwald aus Arch lag 44 Cornets daneben und gewinnt ein Essen mit Ständerat Pirmin Bischof.

Wir gratulieren:



Josef Friker aus Bellach kam bis auf 21 der effektiven Zahl der abgegebenen Cornets am nächsten. Er gewinnt ein Essen mit Regierungsrätin Sandra Kolly.



Melanie Käppeli aus Bellach lag mit ihrer Schätzung um 54 Cornets zu hoch und gewinnt ein Essen mit Nationalrat Stefan Müller.

Die Mitte lanciert zwei Volksinitiativen: Die Heiratsstrafe muss endlich weg!



Es ist unglaublich: 1984, also vor 38 Jahren, urteilte das Bundesgericht, dass die steuerliche Diskriminierung der Ehepaare verfassungswidrig ist. Seither haben die Kantone diese Diskriminierung beseitigt. Der Bund aber immer noch nicht. Die Mitte lanciert nun zwei Volksinitiativen, um der Diskriminierung von Ehepaaren bei Steuern und Renten endlich ein Ende zu setzen.

Heute zahlt ein Ehepaar oft wesentlich mehr Steuern als das gleiche Paar, das am gleichen Ort mit dem gleichen Einkommen lebt, aber unverheiratet ist. Und: Bei den AHV-Renten erhalten verheiratete Paare heute zudem maximal 150 Prozent des Maximalbetrags einer Vollrente. Anders unverheiratete Paare: Sie erhalten zwei Vollrenten. Das wollen wir jetzt endlich korrigieren!

Initiative «Ja zu fairen AHV-Renten auch für Ehepaare»

Ehepaare werden heute bei der AHV diskriminiert. Denn wo Konkubinatspaare mit zwei getrennten AHV-Renten bis zu 200 Prozent des Höchstbetrags einer AHV-Rente erhalten, bekommen Ehepaare maximal 150 Prozent des Höchstbetrags. Und zwar selbst dann, wenn beide Ehepartner während des ganzen Erwerbslebens voll einbezahlt haben. Wir wollen diese Diskriminierung endlich abschaffen. Die bisher geltende Begrenzung auf 150 Prozent für Ehepaare soll vollständig

aufgehoben werden. Sie diskriminiert ohne Grund Ehepaare.

Initiative «Ja zu fairen Steuern auch für Ehepaare»

Auch bei der direkten Bundessteuer zahlen Ehepaare deutlich mehr Steuern als unverheiratete Paare in der gleichen wirtschaftlichen Situation. Unsere Initiative verlangt, dass Ehepaare gegenüber anderen Lebensformen nicht mehr benachteiligt werden. Wir wollen, dass Ehepaare gegenüber Konkubinatspaaren nicht mehr benachteiligt werden. Die Initiative fordert den Bundesrat und das Parlament dazu auf, die Diskriminierung von Ehepaaren zu beseitigen. Dabei überlässt sie es grundsätzlich dem Gesetzgeber, wie man die steuerliche Benachteiligung von Ehepaaren beseitigen will. Einzige Bedingung hierzu ist die Beibehaltung der gemeinsamen Besteuerung. Der Bundesrat und das Parlament haben dafür drei Jahre Zeit. Schaffen sie es nicht, sich auf eine Lösung zu einigen, muss der Bundesrat gemäss den Übergangsbestimmungen der Initiative die sogenannte alternative Steuerberechnung einführen: Es gibt weiterhin nur eine Steuererklärung. Das Steueramt rechnet aber für jedes Ehepaar sowohl die gemeinsame, als auch die separate Berechnung durch. Der tiefere Steuerbetrag gilt dann. Deutschland kennt heute schon ein erfolgreiches, ähnliches Modell.

Grundsatz der gemeinsamen Besteuerung soll bestehen bleiben

Gewisse Kreise fordern bekanntlich die Einführung der sogenannten «Individualbesteuerung». Dies ist der falsche Weg. Alle Kantone sehen für verheiratete Paare eine gemeinsame Besteuerung vor. Weil der Vorschlag der Mitte die gemeinsame Besteuerung auch auf Bundesebene beibehalten will, entsteht zwischen Bund und Kantonen kein Systembruch. Die Individualbesteuerung dagegen ist ein Wolf im Schafspelz. Sie hebt zwar auf den ersten Blick die Heiratsstrafe auf, bringt aber eine neue, inakzeptable Diskriminierung: Ein Ehepaar, bei dem nicht beide Partner gleich viel verdienen, sondern der eine wesentlich mehr als der andere (also das klassische Familienmodell), soll künftig wesentlich mehr Steuern bezahlen müssen, als das gleiche Paar, das gemeinsam ein gleich hohes Einkommen hat, bei dem aber beide Partner gleich viel verdienen (Doppelverdienerpaar). Der Staat würde also Doppelverdienerpaare belohnen und Einverdienerpaare bestrafen. Gerade im Zeichen des Fachkräftemangels setzt sich die Mitte dafür ein, dass die Berufstätigkeit der Frauen gefördert wird, etwa durch attraktive und bezahlbare Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder Doppelverdienerabzüge. Nicht in Farge kommen dagegen einseitige massive Steuererhöhungen für Einverdienerpaare. Und nicht zu vergessen: Die Individualbe-

steuerung führt zu grossem administrativem Mehraufwand bei den Steuerpflichtigen und den Ämtern. Jedes Ehepaar müsste künftig zwei Steuererklärungen ausfüllen und mit grossem Aufwand die Einkommens- und Vermögensverhältnisse (Kinderzulagen, Eigenmietwert, etc.) auseinandernehmen. Dem Missbrauch würde Tür und Tor geöffnet.

Fairness und Gleichbehandlung für alle Paare – unabhängig vom gewählten Lebensmodell

Die Mitte steht für Solidarität und für Verantwortung. Die seit Jahrzehnten bestehenden Diskriminierungen von Ehepaaren bei den Steuern und den Renten muss weg. Wer heiraten will, soll dies können, ohne bestraft zu werden. Die Wahl des Lebensmodells soll das Paar vornehmen, nicht das Steueramt.



Dr. Pirmin Bischof
Ständerat
Solothurn

„Ja, ich will“

Faire Steuern und Renten
endlich auch für Ehepaare



2x JA

JA zu fairen Steuern und
JA zu fairen Renten für Ehepaare

Ein Tag im Leben von Nationalrat

Das Leben eines Parlamentariers wird oftmals als «Schoggijob» bezeichnet. Wer den Tagesablauf vom Donnerstag, 29. September unseres Nationalrates liest, wird feststellen, dass da auch einmal ein 17-Stunden-Tag zusammenkommt.

5.50 Uhr: Aufstehen, anschliessend Zmorge und Schulfertig machen mit Tochter Elina.

6.40 Uhr: Abfahrt mit dem Renault Twizy nach Oensingen.



8.20 Uhr: Verspätete Ankunft im Bundeshaus wegen Zugsverspätung in Oensingen, die zu einer Fahrt via Solothurn statt via Olten zwingt.

Vormittag: Parlamentsdebatte zur Wohneigentumsbesteuerung, dazwischen immer wieder in der Wandelhalle für Telefonate und Gespräche.

Konkret: Gespräch mit Patrick Hofstetter, Head of climate and energy policy beim WWF Schweiz. Die Diskussion dreht sich um die Ausbaurkosten für die Stromnetze, welche bei den Netzbetreibern entstehen, wenn viele erneuerbare Energien zugebaut werden.



Der Journalist Matthias Bärlocher von der Onlineplattform Nau.ch meldet sich. Er möchte einen Beitrag machen über Probleme für Gemeinden bei einer allfälligen Stromabschaltung. Dazu hatte Stefan Müller in der Fragestunde eine Frage an den Bundesrat gestellt. Dabei wurde klar, dass es nicht möglich sein wird, gemeindeeigene Infrastrukturen wie zum Beispiel eine Kläranlage von der Abschaltung auszunehmen. Das Thema stösst auf Interesse und Matthias Bärlocher macht ein Interview.



Zufällige Begegnung auf der Treppe mit Jürg Maurer, dem Lobbyisten der Migros, der von Stefan Müller einen Badge hat – und der sich wegen der Partnerschaft der Migros mit dem aserbaidjanischen Ölkonzern Socar gleich einmal etwas anhören muss.



Stefan Müller-Altarmatt

Nebenaufgabe: Portier für seinen Banknachbarn, den contergangeschädigten Nationalrat Christian Lohr.



Dazwischen immer wieder Telefonate in der Wandelhalle.



13.00 Uhr: Arbeitslunch mit der Nagra zum Thema «Geologisches Tiefenlager».

14.30 Uhr: Treffen einer von Stefan Müller angeführten Delegation der «Parlamentarischen Gruppe Schweiz-Armenien» bei Johannes Mattyassy, Stv. Staatssekretär EDA.

15.00 Uhr: Vorstand der Parlamentarischen Gruppe «Musik», präsiert von Stefan Müller.

17:00 Uhr: Rückzug ins Grossraumbüro im 3. Stock, wo der Herbetwiler Gemeindepräsident Stefan Müller die Gemeinderatssitzung am Abend vorbereitet. Dazwischen gehts immer wieder hinunter in den Nationalratssaal, wenn Abstimmungen anstehen.



17.55 Uhr: Auf den Zug rennen um rechtzeitig zur Gemeinderatssitzung in Herbetwil zu sein obwohl die Session an diesem Tag noch bis 19 Uhr dauert. Das Milizsystem fordert heute seinen Tribut.

18.04 Uhr: Fahrt mit dem Zug über Olten nach Oensingen und von dort mit dem Twizy nach Herbetwil.

19.10 Uhr: Letzte Vorbereitungen für die Gemeinderatssitzung im Gemeindehaus Herbetwil.

19.30 Uhr: Gemeinderatssitzung und im Anschluss daran Sitzung des Verwaltungsrats der «Genossenschaft Wärmeverbund Herbetwil» - wobei die beiden Gremien und ihr Vorsitzender identisch sind.

22.45 Uhr: Ende der Gemeinderatssitzung. Auf den Ausklang im Restaurant Reh muss wegen der fortgeschrittenen Zeit verzichtet werden.



Ueli Custer
Redaktor „Persönlich“
Lommiswil

Dienstag, 29. November 2022:

Ein Tag im Leben von Ständerat Pirmin Bischof

Wer glaubt, der Ständerat sei einfach die kleinere Ausgabe des Nationalrates, kommt schnell auf die Welt. Die kleine Kammer ist nicht nur kleiner, sie funktioniert auch völlig anders als die grosse Kammer. Ständeräte können sich jederzeit zu Wort melden und so lange sprechen, wie sie wünschen. Weil sie aber nur Argumente vorbringen dürfen, die nicht schon erwähnt wurden, sind die Debatten wesentlich kürzer und spannender als im Nationalrat. Pirmin Bischof fühlt sich sichtlich wohl im Ständerat.

5.50 Uhr: Aufstehen, anschliessend in der Bäckerei frische Brötchen einkaufen und die «Schnitteli» für die Kinder streichen

7.10 Uhr: Abfahrt mit dem Velo zum nahe gelegenen Bahnhof der des Regionalverkehrs Bern-Solothurn



Ueli Custer
Redaktor „Persönlich“
Lommiswil

7.15 Uhr: Heute ist Pirmin Bischof am Zug: Kurz vor Abfahrt mit der RBS nach Bern



8.15 Uhr: Appell! Wer um 8.15 Uhr nicht im Saal anwesend ist, gilt den ganzen Tag als abwesend (natürlich ausser bei Fällen von höherer Gewalt).

8.15 bis 13.15 Uhr: Anwesenheit im Saal, aufmerksames Zuhören und klare Voten, dazwischen kurze Absprachen mit Kollegen aus andern Parteien, der Ratsvorsitzenden und Bundesräten.



Plädoyer für die Pensionskassenreform



Im Zwiegespräch mit Justizministerin Karin Keller-Suter zur Debatte um eine Anpassung des Asyl-Gesetzes.



Im Zwiegespräch mit Gesundheitsminister Alain Berset über das Covid-Gesetz.



Schweigend mit Ständerat Stöckli im Stöckli ins Gespräch vertieft.

13.30 bis 18.30 Uhr: Fraktionsvorstands-, dann Fraktionssitzung. Pirmin ist «Fraktionschef» im Ständerat

19.00 bis 21.00 Uhr: Vorstandssitzung Mitte Kanton Solothurn in Oensingen

Rückblick auf Donnerstag, den 29. September 2022



Arbeitsessen von Pirmin als Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates mit Bundespräsident und Aussenminister Ignazio Cassis über die Schweizer Position im Ukrainekrieg und unsere Beziehungen zur EU

Beharrlich in eine sichere Energiezukunft

Die Energiepolitik ist derzeit in aller Munde. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die damit einhergehende Verknappung der fossilen Energieträger hat uns schmerzlich vor Augen geführt, wie abhängig wir von diesen sind. Wir sind abhängig von Öl und Gas, die sich in den Händen von Despoten befinden und die überdies noch unser Klima zerstören.

Wenn schon diese Tatsache aktuell sehr präsent ist, neu ist sie keineswegs. Und wir haben politisch auch längst darauf reagiert. Das erklärte Ziel der Energiestrategie 2050 ist es, für die Zukunft eine sichere, saubere, möglichst inländische und bei all dem noch bezahlbare Energieversorgung sicherzustellen. Genau deshalb hat man die Förderung der erneuerbaren Energien im Energiegesetz festgeschrieben. Und weil die Energiestrategie nicht einfach eine Atomausstieg-Strategie ist, sondern eine umfassende Strategie, welche alle vier Ziele der zukünftigen Energieversorgung anpacken soll, haben wir parallel dazu auch versucht, die Klimapolitik fortzuschreiben und den Ausstieg aus den fossilen Energien voranzutreiben. Beim CO₂-Gesetz, das zum grossen Teil mit Lenkungsabgaben arbeitete, ist das misslungen.

Lösungen statt Schuldzuweisungen

Es mutet nun geradezu als Hohn an, dass sich diejenigen Kreise, welche sowohl die

Energiestrategie wie auch das CO₂-Gesetz bekämpft haben, am lautesten darüber beschwerten, dass wir in der Abhängigkeitsfalle stecken und deshalb jetzt die hohen Preise für die fossilen Energien zu tragen haben.

Es bringt aber nichts, jetzt diese Kreise von der SVP bis zu den Erdölimporteuren mit Schuldzuweisungen einzudecken. Vielmehr müssen wir schauen, dass wir möglichst schnell aus dieser Falle herauskommen. Dazu müssen wir einerseits diejenigen Teile der bisherigen Politik weiterführen, die sich bewährt haben, und andererseits dort nach neuen Lösungen suchen, wo wir bisher gescheitert sind. Bewähren tun sich die Erneuerbaren. Wir sind aber viel zu langsam vorwärts gekommen mit deren Ausbau. Deshalb wird es nötig sein, die Rahmenbedingungen weiter zu verbessern und die Realisierung zu beschleunigen. Dazu gehören Fördergelder, aber auch beschleunigte Bewilligungsverfahren und eine unideologische Sicht auf den Natur- und Landschaftsschutz. Dass man Gletschervorfelder als Stauseen nutzt und neben Skiliften alpine Fotovoltaik-Anlagen aufstellt, stört kaum. Solche Potentiale sind deshalb zu nutzen.

Gescheiterte Europapolitik hat Konsequenzen

Sie sind vor allem deshalb möglichst rasch zu nutzen, weil sie direkt dort anpacken,

Wir setzen uns ein für mehr Unabhängigkeit dank erneuerbaren Energien und Klimaschutz

wo die grössten Sorgen bestehen: Bei der Stromversorgung im Winter. Diese Sorgen stammen übrigens nicht einfach nur aus den geringeren Importkapazitäten, weil Deutschland weniger Gas verstromen kann und die französischen Uralt-AKW's pannen anfällig werden. Die Sorgen kommen auch aus der Europapolitik. Die Schweiz ist ausgeschlossen vom europäischen Strombinnenmarkt und somit auch von den europäischen Spielregeln. Diese besagen, dass die EU-Mitglieder ab 2025 70 Prozent ihrer grenzüberschreitenden Leitungskapazitäten für den innereuropäischen Stromhandel freihalten müssen. Sollte es da eng werden, werden einfach die Kapazitäten zu den Nicht-EU-Ländern reduziert. Dann kann die Schweiz noch weniger Strom importieren. Wir brauchen also sehr schnell mehr Strom – und zwar nicht, weil die Energiestrategie gescheitert wäre, sondern weil die Europapolitik gescheitert ist.

Mehr Intelligenz!

Gescheitert ist auch die Klimapolitik. Und dort müssen wir eben das schicklich beerdigen, was nicht funktioniert hat, resp. was das Volk nicht goutiert hat: Lenkungsabgaben. Statt diese zu erhöhen, hat sich die Mitte im Rahmen des indirekten Gegenvorschlags zur Gletscherinitiative für mehr Unterstützung für Haushalte und für die Wirtschaft

stark gemacht. Beide – Hausbesitzer und Industriebetriebe – müssen wir rausholen aus der Investitionsfalle. Wir müssen beide unterstützen bei der Installation von energieeffizienten und erneuerbaren Heizungen, Kühlungen und Prozessen, welche zwar oft in der Anschaffung teurer, im Betrieb dann aber viel günstiger und weniger volatil sind als fossile Systeme.

Dies sind politische Massnahmen, die letztlich in der Praxis durch Eines unterstützt werden müssen: Durch mehr Intelligenz! Wir müssen unseren Energieverbrauch kennen und steuern. Wir müssen Energie speichern und transformieren von einem Netz ins andere. Mit einer vom Nationalrat überwiesenen Fraktionsmotion aus meiner Feder hat die Mitte-Fraktion deshalb die flächendeckende Einführung von intelligenten Netzen gefordert.

Beharrlichkeit und Intelligenz bringen uns also vorwärts in den komplexen Fragestellungen der Energiepolitik. Vermeintlich einfache Lösungen am Sanktnimmerleinstag – wie neue AKW – hingegen sicher nicht.



Dr. Stefan Müller-Altermatt
Nationalrat,
Herbetwil



Kolumne

Service Citoyen Initiative – Für eine engagierte Schweiz

Wenn du KÖNNTEST... WAS würdest DU für die Gemeinschaft tun? Das ist die zentrale Frage, mit welcher sich die «Volksinitiative für eine engagierte Schweiz» befasst. Die Junge Mitte Schweiz ist zusammen mit dem Verein servicecitoyen.ch eine der Hauptorganisationen, die die Initiative im Frühjahr 2022 lanciert haben.

Heute liegt der Anteil der Dienstleistenden noch bei knapp einem Drittel der Bevölkerung und auch die auf Freiwilligkeit basierenden Engagements sind rückläufig. Die Initiative will eine aktive engagierte Schweiz schaffen, in der alle Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigt sind und alle mit ihren Stärken für das Gemeinwohl einen Dienst an der Gesellschaft oder an der Umwelt leisten. Ziel ist es, das heutige Modell der Dienstpflicht zu modernisieren und an das 21. Jahrhundert anzupassen. Reformblockaden im Milizsystem sollen durchbrochen werden und das System soll inklusiver, polyvalenter und adäquater werden.

Unterstütze auch Du unser Anliegen. Informiere Dich auf der Homepage www.servicecitoyen.ch und unterschreibe noch heute!

Alessio Palermo

Vorstandsmitglied

Die Junge Mitte Kanton Solothurn
Bellach

Agenda



Die tagesaktuelle Agenda findet man unter so.die-mitte.ch/events

Adressen

Präsident Die Mitte Solothurn

Patrick Friker, Innere Kanalstrasse 12A
5013 Niedergösgen, Telefon 079 481 28 26
patrick.friker@bluewin.ch

Sekretariat Die Mitte Kanton Solothurn

Fabio Jeger, 4500 Solothurn
Telefon 076 815 41 12
sekretariat@so.die-mitte.ch

Raiffeisenbank Wasseramt-Buchsi
4552 Derendingen
Konto CH06 8080 8009 8230 7524 5
Postkonto 45-3537-6

Die Mitte 60+ Kanton Solothurn

René Ackermann, Schulmeisterweg 6
4710 Balsthal, Telefon 079 302 73 91
ackermann@bercom.net

Die Junge Mitte Kanton Solothurn

Joël Müller, Dorfstrasse 6, 4715 Herbetswil
joel@mueller-altermatt.ch



Die Mitte Kanton Solothurn im Internet

so.die-mitte.ch | info@so.die-mitte.ch

Impressum

Redaktion Ueli Custer-Meier, Erlenweg 13,
4514 Lommiswil, in Zusammenarbeit mit dem
Präsidium der Kantonalpartei und Vertretern
der Jungen Mitte, der Mitte 60+, des
Kantonsrates und der eidgenössischen Räte,
redaktion@so.die-mitte.ch

Herausgeber Die Mitte Kanton Solothurn
Jahresabonnement CHF 30.– (4 Ausgaben)

Gestaltung und Realisation

Sekretariat Die Mitte Kanton Solothurn
Druck Dobler Druck, Olten